

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Leipzig, Raben & Komp. Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Knödel, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Lesebeilage Leben, Wöchen, Kunst einschließlich Druckerlohn monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2. 7.10. Erhöht mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Insertate werden die 7-spaltige Zeitspalte mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/2 9 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 296.

Dresden, Freitag den 20. Dezember 1918.

29. Jahrg.

## Die fiebernde Reichshauptstadt.

### Berlins Selbstmord.

Was sich in diesen Tagen ereignet, ist der Selbstmord Berlins. Darüber darf sich auch der nicht täuschen, der selber Berliner ist und sein Berlin liebt. Es ist noch eine Weile so weiter, so wird Berlin anhören, die politische Hauptstadt des Reichs zu sein. Die Nationalversammlung, die von dem halbpartokratischen unabhängigen Minister Adolf Hoffmann im voraus mit dem Auseinandergehen bedroht worden ist, wird ihr Quartier anderswo aufschlagen, wo sie, ungehört von dem terroristischen Treiben der Straße arbeiten kann. Ob sie dann nicht als dauernden Sitz des Reichsparlaments eine andre Stadt als Berlin wählen wird, steht dahin. Die Verlegung des Reichsparlaments von Berlin würde aber zugleich die Verlegung sämtlicher Reichsämter bedeuten und damit für Berlin einen unermesslichen wirtschaftlichen Schaden.

Berlin ist aber nicht nur bisher die politische Hauptstadt des Reichs, sondern auch seine größte Industriestadt gewesen, und auch die soll zerstört werden. In diesem Zwecke stehen die Spartakisten mit zielbewusster Energie vor. So haben sie z. B. die Formier angestiftet, für die Berliner Betriebe den reinen Stillstand zu fordern und für diese Forderung in den Streik zu treten. Vergeblich suchen ihnen, oder wenigstens ihren von Spartakus geleiteten Teil, alle gewerkschaftlichen Fachleute begründlich zu machen, daß diese Angelegenheit nicht für Berlin allein, sondern nur für das ganze Reich zentral geregelt werden kann. Der weitere Diebstahl erhebt sich und fordert sie, ohne nur von den Dingen die leiseste Ahnung zu haben, dazu auf, im Streik zu verharren. So bricht jeden Tag ein neuer Streik aus. Folge davon muß sein, daß die Produktionskosten in Berlin bis zum Unmöglichkeit steigen und daß die wenigen Aufträge, die überhaupt zu vergeben sind — in Berlin gibt es schon zehntausend Arbeitslose — in anderen Gegenden ausgeführt werden, wo die Arbeiter den Forderungen der Zeit in vernünftiger Weise Rechnung zu tragen vermögen.

Wenn Berlin ausdient, politische Hauptstadt zu sein, wenn es auch als Industriestadt verbleibt, so trägt die größte Masse der arbeitenden Bevölkerung keine Schuld daran. Am Arge haben wir es erlebt, daß Millionen durch die Schuld einer Minderheit Unheilliches erleiden mußten, und ähnlich scheint es auch in der Revolution kommen zu wollen, wenigstens für Berlin.

Die Delegierten der A- und S-Kräfte werden bei ihrer Heimkehr über Berlin zu erzählen haben. Ein bayerischer Vertreter sagte auf dem Kongress, man habe den Eindruck, daß Diebstahl Berlin beherrsche, aber, so sagte er weiter, Berlin ist nicht das Reich. Wir möchten hier betonen, daß der Eindruck, als ob Diebstahl Berlin beherrsche, vollkommen falsch ist. Die ungeheure, erdrückende Mehrheit des Berliner werktätigen Volkes ist über das Spartakusstreben ebenso empört wie die erdrückende Mehrheit der Arbeiterkraft des ganzen Reichs. Die Wahlen zu den Räten sind auch in Berlin sozialdemokratisch ausgefallen. Berlin ist auch auf dem Kongress in der Mehrheit sozialdemokratisch vertreten. Der von der unabhängigen Freiheit und von der roten Fahne der Spartakusleute täglich behauptete Kernworts ist in einer Auflage von mehr als einer Viertelmillion täglich verbreitet, während von der Freiheit auf dem Berliner Parteitag der Unabhängigen gesagt wurde, seine Zeitungsfrau wolle sie verkaufen und die rote Fahne nur von einer beschränkten Zahl literarischer Rebellinallie aus Gründen der Zensur erhalten wird. Berlin ist also in seiner großen Masse vernünftig, aber es ist eine sehr große Stadt, und da finden sich für jede Dummheit, jeden Unsinns, jeden Spießfuß einige tausend Leute, die so tun, als wären sie ganz Berlin.

Darin finden wir den Schlüssel zum Verständnis der halb lächerlichen, halb traurigen Ereignisse, deren Schauplatz Berlin ist, aber damit ist Berlin freilich auch noch nicht geholfen. Wenn es gelingt, den Rätekongress glücklich zu Ende zu führen, wenn durch ihn die Stellung der Regierung gestärkt wird, dann ist es vielleicht noch möglich, auch Berlin zu retten. Aber es ist die höchste Zeit.

### Sieg der Vernunft.

Die gestrige Sitzung der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte war zwar wieder reich an Redensarten, das hat aber nicht hindern können, daß die Vernunft sich durchsetzte und mit großer Mehrheit trotz allen Protesten der Rinderbeit beschlossen wurde, die Wahlen für die Nationalversammlung für den 19. Januar festzusetzen. Die deutschen Arbeiter- und Soldaten haben sich damit das Zeugnis ausgestellt, daß sie reif für einen wahrhaft demokratischen Staat sind. Man muß mit der Möglichkeit rechnen, daß von den Diebstahl-Luxemburg-Lenten Unsinns verübt wird, um den Zutritt der Nationalversammlung zu verhindern, aber die Regierung weiß jetzt, daß sie die großen Massen der Arbeiterkraft hinter sich hat und auch das ganze Meer hinter ihr steht. Sie braucht die Herrschaften um Karl Diebstahl und Rosa Luxemburg nicht zu fürchten.

Man kann nur wünschen, daß in Berlin jetzt energischer durchgegriffen wird als bisher. Der einiger Zeit hat die Re-

gierung ein Gesetz erlassen, das das unbefugte Tragen von Waffen verbietet. Das Gesetz muß rücksichtslos durchgeführt werden. Wir sind selbstverständlich für weitgehende Rede- und Versammlungsfreiheit, auch für die Spartakusleute, aber in jedem Staat, auch in einer demokratischen, sozialistischen Republik, müssen die Gesetze beachtet werden. Sollten die Spartakisten in Berlin es noch einmal versuchen, mit Maschinengewehren durch die Straßen spazieren zu fahren, so wird sich die Regierung entschließen müssen, sie hinter Schloß und Riegel zu setzen.

Der Sieg der Vernunft auf dem Rätekongress brachte es auch mit sich, daß dem Einfluss des Berliner Volksgesetzes auf die Reichsregierung ein Ende gemacht wurde. Der Herr Richard Müller, der ja eigentlich jetzt keine Vertretung mehr hat, lebendig in der Weigeldstraße herumspazieren, und der Herr Ernst Wolfenbüter werden von der Weigeldstraße verschwinden, und es wird nicht allzu viele geben, die diesen Männern, die eine oft komische, freilich aber auch sehr bedenkliche Rolle gespielt haben, eine Träne nachweinen. An die Stelle des bisherigen Volksgesetzes tritt ein neuer „Zentralrat“, der aus 27 Mitgliedern besteht. Seine Rechte sind so begrenzt, daß nicht mehr zu befürchten ist, er werde ein Hemmnis für die Volksgesetzgebung sein, und in jeder Hinsicht seine Rufe stören, wie es der alte Volksgesetzrat unfeligen Angedenkens getan hat. Außerdem bürgt die Zusammenfassung des Ausschusses dafür, daß er vernünftig seines Amtes waldet. Es ist die von den Mehrheitssozialisten aufgestellte Liste gewählt worden. Die Unabhängigen haben sich bei der Wahl selbst ausgeschlossen, weil ihnen die Befugnisse des Zentralrats nicht weit genug gehen.

Eine nicht sehr glückliche Rolle spielten die Vertreter der Unabhängigen in der Regierung auf dem Kongress. Herr Barth polemisierte wieder gegen seine Kollegen. Es bestehen offenbar auch zwischen ihm und seinem unabhängigen Parteigenossen Soose Gegensätze. Herr Barth wollte, daß die Befugnisse des Zentralrats nicht so weit beschränkt werden, wie sein Kollege Soose es wünschte. Die Unabhängigen in der Regierung sind ja in einer unglücklichen Lage. Insofern behauptet sich an ihnen das Wort: „Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand“, als sie einsehen, daß es ganz so, wie es die unabhängigen Demagogen in der Volksver-

ammlung einem erkrankten Publikum erzählen, nicht geht. Es bleibt ihnen nichts anderes übrig, als veranlaßt zu sein, es es vielen ihrer Anhänger recht ist. Aber sie müssen, um nicht zu viel Ärger mit ihren Parteigenossen zu bekommen, allerdings Konzeptionen machen. Dagegen ist es wohl auch zuzuschreiben, daß der Herr Soose sich gegen die Verkleinerung der Nationalversammlungswahlen wandte. Seiner Meinung nach sind die Wähler noch nicht genügend aufgeklärt, um am 19. Januar an die Wahlurne treten zu können. Dabei haben die Wahlen der letzten Zeit doch genügend gezeigt, daß die Massen des deutschen Volkes wirklich wissen, was sie wollen. Die Stürme der Zeit haben dazu geführt, daß das politische Interesse in deutschen Volke in ungeheurer Weise wachgeworden ist. Man braucht sicher nicht zu fürchten, daß das deutsche Volk aus Mangel an politischer Aufklärung der Reaktion wieder zum Siege verhilft.

Es liegt durchaus im Interesse der Partei des Herrn Soose, daß die Volksmassen nicht zu viel Gelegenheit haben, sich von den unabhängigen Agitatoren „aufklären“ zu lassen. Je mehr die Wähler von dem Verräterschweigen zu kosten bekommen, mit dem die meisten unabhängigen Redner ihre Führer zu füttern pflegen, mit desto größerem Glauben werden sie sich von dieser Partei wenden.

Die Festsetzung des Termins der Nationalversammlung wird hoffentlich dazu beitragen, in den bürgerlichen Kreisen, die heute von einer übertriebenen Panikstimmung erfüllt sind, Beruhigung zu schaffen. Sie wissen jetzt, daß wir ruhigen und geordneten Verhältnissen entgegengehen, wenn sich auch die Dinge in Deutschland nicht so gestalten werden, wie sie es wünschen mögen. Wir beurteilen es als schärfste, wenn Arbeiter durch unvernünftige Streiks einen Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens erschweren, aber es muß nun auch von anderen Massen des Volkes verlangt werden, daß sie liberal, wo sie können, dafür sorgen, daß unsere wirtschaftliche Arbeit wieder, so gut das unter den gegenwärtigen Umständen geschehen kann, in Gang kommt. Mögen die Interessengegensätze zwischen den einzelnen Massen unseres Volkes noch so groß sein, das Interesse ist ihnen allen gemeinsam, daß alles, was in irgendeiner Weise möglich ist, mit Vollkraft gearbeitet wird.

## Der 19. Januar.

Berlin, 19. Dezember. Am Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte wurde zunächst über die Frage der Aufwands- und Reiseentschädigung für die Delegierten beraten. Seinerzeit empfiehlt namens der Fraktionen, den auswärtigen Delegierten 30 M., den Berlinern 20 M. zu bewilligen, ferner für etwa ausgefallenen Tagesarbeiten eine Entschädigung bis zu 20 M., dazu eine Rückfahrkarte. Die Räteklasse dürfte heute abend erfolgen können.

Die Nationalversammlung beschloß nach diesem Antrag, darauf bezieht die Aussprache über die Nationalversammlung. Referent Soose sprach: Wir brauchen für diese Milliarden Wohlstand und Lebensmittel. Dabei ist der Wert der deutschen Mark herabstehend gesunken. Es ist bitter notwendig, die Ordnung wieder herzustellen und den Wiederaufbau Deutschlands in die Wege zu leiten. Militärisch sind wir noch. Trotzdem hat die Gewerkschaft ein großes Interesse daran, daß unsere Volkswirtschaft nicht allzu sehr herabgedrückt wird. Die Reden der meisten Minister sind vollkommen ernst. Sie sind die Konsequenz der ganzen europäischen Kriegszustände. Deshalb haben sie aber auch ein Interesse daran, daß wir die Volkswirtschaft wieder auf den Weg bringen. Die verprochenen Wohlstand und Lebensmittel werden uns erst gegeben werden, wenn bei uns Ordnung herrscht. Für die nächsten Monate haben wir Wohlstand und Lebensmittel. Die Räteklasse aber nur gefördert werden, wenn Ordnung herrscht. Deutschland ist eine große Reparaturwerkstatt. Die Desorganisations sind verschwinden. Das kann nur durch die Nationalversammlung geschehen. Die Arbeiter- und Soldatenräte helfen nicht den Willen des ganzen Volkes dar. Sie müssen uns helfen, die Revolution zu einer großen Volkswirtschaft zu degradieren. Viele Unternehmer helfen ihre Betriebe den Arbeitern zur Verfügung. Diese werden aber nichts davon haben. Denn sie können die Betriebe nicht anrecht erhalten. Auch die Postenbewegung im Süden (Unsinns) und im Westen kann nur durch die Nationalversammlung überstanden werden und durch Befestigung der Desorganisations. Ohne die Volksgesetzgebung können wir uns das Deutsche Reich nicht mehr vorstellen. (Abfall er Beifall.) Experimente können wir uns jetzt nicht leisten. Wollen wir eine sozialistische Mehrheit, dann müssen die Wahlen so schnell wie möglich kommen. Wo wir Sozialdemokraten uns zusammenfinden, schlagen wir alle Bürgerlichen. Vor allen Dingen müssen wir einen baldigen vorläufigen und wirklichen Frieden bekommen. Die Gewerkschaften denken nicht daran, mit einem ungewollten Deutschland Frieden zu schließen. Mit einer Revolution bei irgend einem Volke der Gewerkschaft ist nicht zu rechnen. Wir Sozialdemokraten müssen uns endlich auf rücksichtslos durchsetzen durch solche wirkliche Beziehungen sabotieren und dazwischen zu lassen. Die Arbeiter- und Soldatenräte müssen der Nationalversammlung Plan machen. Im Interesse unseres Landes, das wie alle aus tiefer Seele liebt und dem wir in seiner höchsten Not um so lieber die Träne halten wollen, bitte ich Sie, in Ihrer großen Mehrheit meinen Antrag zuzustimmen: „Die Wahlen für die deutsche Nationalversammlung finden

am 19. Januar

statt.“ (Beifall er Beifall.) — Es sind außerdem mehrere Anträge eingegangen betreffend Wahlgenossenschaft in den besetzten Ge-

ieten, Ansetzung des Wahltermins auf den 16. März, Übertragung der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt an die Arbeiter- und Soldatenräte, Wahlstimm für die Bauernräte, Schaffung eines Zentralrats.

Vorsitzender Reinetz gibt ein Schreiben des Volksgesetzes bekannt, worin mitgeteilt wird, daß die Angelegenheit der Beschlagnahmen und verurteilten 600 000 Frank Generalstaatsgelder der gerichtlichen Untersuchung anliegt. Däumig als Gegenreferent führt aus, Rücksichtigkeit sei hier noch in sehr starkem Maße vorhanden. Die Nationalversammlung ist das oberste Gericht für das Volk. Wo Erzberger seine Hand im Spiele hat, ist Vorsicht und Mäßigkeit geboten. Wir wollen das russische System nicht einfach nachahmen. Die Nationalversammlung hat nicht den Willen, nach die Kraft, den Sozialismus Wirklichkeit werden zu lassen. Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Kommen wird es trotzdem. Soas (Rechtssozialist): Wird der Wahltermin weiter hinauszugeschieben, so treiben wir die Arbeiterkraft in das Lager unserer natürlichen Feinde. Wir wenden uns entschieden gegen die Abschließungen einzelner Bundesräte. Reiser (Unabh. Soz.): Eine sozialistische Mehrheit für die Nationalversammlung ist zweifellos. Die alte Verfassung muß schrittweise beseitigt werden. Das Wahlsystem muß kommen, auch wenn Sie die Nationalversammlung beschließen. Lassen Sie sich nicht graulich machen durch den Volkswirtschaft. Wenzling (Soldatenpartei): Wenn nicht alles Ordnung hat, bricht die Ernährungswirtschaft zusammen. Ohne Nationalversammlung, die allein den Volksgesetzen besteht, gibt es eine Regierung nicht mehr. Paufenberg (Spartakuspartei): Die Nationalversammlung wird ein gutes Stück Sozialismus bringen. Das hätte der Rätekongress aber noch besser machen können. Auch ich bin der Meinung, daß im Wahlkampf größte Gleichberechtigung nötig ist. (Bravo.) Häßel (Demokratische Fraktion): Geben Sie dem deutschen Volke die Nationalversammlung als Weihnachtsgeschenk. (Beifall und Abgefächelt.) Vorsitzender Reinetz gibt weitere Gefährdungen zur Angelegenheit der beschlaggenommenen Gelder bekannt. Darauf tritt Mittagspause ein.

### Die Nachmittagsitzung.

Die Verhandlungen werden um 2 Uhr 50 Minuten wieder aufgenommen. Der Vorsitzende gibt ein Referat aus Minderheit bekannt, das eine Darstellung über die Tätigkeit des dortigen Soldatenrats gibt, weiter eine Erklärung des Ständes Ausschusses der Groß-Berliner Soldatenräte über die Angelegenheit der 600 000 Frank. Darauf wird die Angelegenheit über die Nationalversammlung fortgesetzt. Auf eine Anfrage, wie die parlamentarische Überwachung des Mars der Volksgesetzgebungen gebacht sei, erklärte Volksgesetzgebungs Soose, alle Anträge sind dem Zentralrat vorzulegen und alle wichtigeren mit ihm zu beraten. Zu Herabsetzen wird diese Methode nicht führen. Ein Vertreter der Unabhängigen erklärt, durch diese Anstalt nicht befriedigt zu sein. Er beantragt, die Sitzung zu unterbrechen, um sich über diese Frage beraten zu können. Dieser Antrag wird abgelehnt. Der Redner der Unabhängigen erklärt darauf, daß seine Freunde den Saal verlassen müßten, um zu beraten, ob sie an den Verhandlungen weiter teilnehmen sollen.